

Flugzeugentführung DC-8 Swissair

Sitzung des Bundesrates vom 10. September 1970 / 10 Uhr

Herr Brugger gibt einleitend Kenntnis von einem Telephon der Swissair, welche die Flüge nach Beirut angesichts der Unmöglichkeit genügender Sicherheitsmassnahmen in Beirut einstellen möchte. Der Rat erteilt dazu die Bewilligung.

Herr Graber orientiert den Rat über die Lage. Die am Vortage um 16 Uhr vorgesehene Konferenz von Herrn Rochat mit Vertretern der Volksfront für die Befreiung Palästinas konnte nicht stattfinden, da in Amman harte Kämpfe tobten. Auch in der Nacht war eine Zusammenkunft nicht möglich. Ab 20 Uhr, am Vorabend, waren übrigens die Verbindungen mit dem Vordern Orient für einige Zeit unterbrochen. Herr Rochat zählt nun fest darauf, dass er heute (10.9.70) mit den Vertretern der Volksfront zusammentreffen kann. Die Passagiere sind offenbar zu einem grossen Teil in das Hotel Intercontinental überführt worden, was aber nur hinsichtlich des Komforts eine Verbesserung bedeutet, da das Hotel ebenfalls in den Händen der Feddayins ist. In der Stadt selbst und der Umgebung kommt es periodisch zu harten Kämpfen zwischen den Anhängern des Königs und den Feddayins. Sollten diese an ihren diskriminierenden Austauschvorschlägen festhalten, muss unter Umständen mit der Möglichkeit eines Misserfolgs des Roten Kreuzes gerechnet werden. In diesem Falle würde das IKRK seine Tätigkeit lediglich in Form einer humanitären Aktion fortsetzen. Die Forderung der Feddayins auf Auslieferung von 1200 Palästinensern, die in israelischer Gefangenschaft sind, ist unrealistisch. Für den Fall, dass sich die Schwierigkeiten türmen sollten und eine Fortsetzung der Aktion des IKRK in Frage gestellt ist, prüft das EPD bereits die Möglichkeit einer Ersatzlösung, wobei eventuell an die Entsendung von a.Botschafter Rüeegger gedacht wird.

Der Rat befasst sich zwischenhinein mit der Orientierung der Fraktionspräsidentenkonferenz. Er beauftragt Herrn Graber, diese Aufgabe zu übernehmen. Ferner nimmt er Kenntnis von einer Mitteilung von Herrn Bundeskanzler Huber, wonach die aussenpolitischen Kommissionen der Räte auf den ersten Sessionstag zu einer Sitzung einberufen werden sollen, wobei die Einladung schon jetzt abzuschicken ist. Der Rat ist damit einverstanden.

In der nachfolgenden Aussprache, an welcher sich alle Ratsmitglieder beteiligen, wird vorweg nochmals einmütig unterstrichen, dass an der Ablehnung jeder Differenzierung beim Austausch der Passagiere und der Häftlinge festgehalten werden muss. Man ist sich aber im Politischen Departement, wie Herr Graber ausführt, im Klaren darüber, dass das unbedingte Festhalten an diesem Prinzip je nach der Haltung der Israeli zu einer ZerreiSSprobe führen kann. Auf weitere Fragen über die jüngste Entwicklung führt der Chef des EPD aus:

- 2 -

Die arabischen Diplomaten, die zur Ueberreichung der Note zitiert wurden, haben sachlich reagiert und die sofortige Uebermittlung an ihre Regierungen zugesagt. Die Befürchtungen vom Vortage über eine Sondertour der Deutschen Bundesrepublik sind bis auf weiteres nicht mehr aktuell, da aus Bonn die Zusicherung abgegeben wurde, die Aktion solidarisch mit den drei andern interessierten Staaten fortzuführen. Die Verbindung zu den Israelis klappt, ihr Botschafter wird ebenfalls regelmässig im Politischen Departement orientiert. Die Möglichkeit einer Verstärkung unserer diplomatischen Vertretung in Amman wird geprüft. Von der Neufestsetzung einer Frist für die Erfüllung der ultimativen Forderungen der Volksfront ist dem Politischen Departement nichts bekannt. Hingegen scheint sich zu Bewahrheiten, dass Arafat von den Extremisten der Volksfront für die Befreiung Palästinas offensichtlich überrundet worden ist und die palästinensischen Organisationen nicht mehr ausnahmslos zu seinem Gefolge rechnen kann. Eingehend geprüft wurden auch alle Möglichkeiten von Retorsionsmassnahmen. Es ist aber mit grösster Bestimmtheit damit zu rechnen, dass wir mit solchen Schritten allein blieben und keine Unterstützung bei andern Staaten fänden. Abschliessend orientiert Herr Graber über den sogenannten "Krisenstab", d.h. den permanenten Konsultations- und Koordinationsstab, der auf Initiative des EPD hin zusammen mit den drei andern, direkt interessierten Staaten (England, USA, Bundesrepublik) gebildet worden ist. Dieser Stab tagt beinahe in Permanenz, und er ist Tag und Nacht einsatzbereit.

Sitzung vom 10. September 1970 / 16 Uhr

Der Rat nimmt einleitend wiederum eine Orientierung des Chefs des EPD über die Entwicklung der Lage und der Verhandlungen entgegen. Die Präsidentenkonferenz des Nationalrates und das Büro des Ständesrates, die orientiert worden sind, haben der vorgesehenen Einberufung der aussenpolitischen Kommissionen auf den 1. Sessionstag zugestimmt. In Amman scheint die Lage etwas ruhiger geworden zu sein. Herr Rochat hat provisorische Gegenvorschläge der Volksfront für die Befreiung Palästinas übermittelt. Danach sollen die drei Häftlinge von Zürich, die drei in München verhafteten Palästinenser, die Attentäterin von London und der Leichnam des dort tödlich verletzten Attentäters nach Amman überführt werden, wonach sofort alle Frauen und Kinder aus den beiden Flugzeugen freigegeben würden. Damit blieben alle Männer in der Hand der Volksfront, was selbstverständlich unannehmbar ist. Die provisorischen Gegenvorschläge müssen deshalb im vorneherein abgewiesen werden. Das Politische Departement hat inzwischen die Botschafter der Sowjetunion, Frankreichs, Italiens und Spaniens aufgeboten, um ihnen ebenfalls eine Note zu überreichen mit dem Ersuchen, für die Befreiung aller Passagiere der in Zerqa niedergegangenen Flugzeuge zu intervenieren. Etwas später soll auch der jugoslawische Botschafter zitiert werden; ob auch eine Intervention bei der Chinesischen Botschaft in Aussicht genommen werden soll, steht noch zur Prüfung. Der Rat nimmt von diesen geplanten Schritten mit Zustimmung Kenntnis, da sie dazu beitragen können, wie schon die



- 3 -

Interventionen bei den Arabischen Botschaften, die palästinensischen Organisationen zu isolieren.

Der Rat bespricht schliesslich eingehend eine Eingabe des fliegenden Personals der Swissair, worin vermehrte Sicherheitsmassnahmen verlangt werden. Es wird in Aussicht genommen, die Eingabe formell zu beantworten oder eine Delegation zu empfangen - man nimmt aber Kenntnis davon, dass angesichts der relativ leichten Verletzbarkeit der Zivilluftfahrt ein lückenloser Schutz gegen Flugzeugentführungen nicht möglich ist, es sei denn, man nehme den völligen Zusammenbruch des zivilen Luftverkehrs in Kauf.

16.9.1970 Br/Ba

BUNDESKANZLEI